



**Niederschrift der gemeinsamen Ausschusssitzung des 3. Schul- und Sozialausschusssitzung und 3. Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Tourismus vom
04.11.2019**

Ort: Neues Rathaus, Beratungsraum "Baunatal", Markt 7 A, 06526 Sangerhausen
Tag: 04.11.2019
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 20:33 Uhr

Anwesenheit: **Schul- und Sozialausschuss - Mitglieder**

- Holger Scholz - CDU
- Monika Rauhut - BOS/FDP/BV
- Torsten Wagner - BOS/FDP/BV
- Klaus Kotzur - DIE LINKE
- Karoline Spröte - DIE LINKE
- Harald Koch - B.I.S. (i. V. Frau Liesong)
- Norbert Jung - SPD/DIE GRÜNEN
- Kati Völkel - SPD/DIE GRÜNEN
- Ellen Siefke - AfD

Schul- und Sozialausschuss - sachkundige Einwohner

- Uwe Ostrowski - AfD

Schul- und Sozialausschuss - Gast

- Daniel Eberhardt - Vorsitzender Stadtelternrat
- Holger Hüttel - Stadtrat DIE LINKE

Schul- und Sozialausschuss - Ortsbürgermeisterin

- Sandra Biedermann

Ausschuss Wirtschaft, Kultur und Tourismus - Mitglieder

- Reinhard Windolph - CDU (i. V. Frau Stahlhacke)
- Volker Schachtel - CDU (i.V. Herr Wedekind)
- Karsten Pille - BOS/FDP/BV
- Holger Hüttel - DIE LINKE
- Helmut Schmidt - SPD/DIE GRÜNEN
- Monika Rauhut - BOS/FDP/BV
- Kati Völkel - SPD/DIE GRÜNEN
- Ellen Siefke - AfD

Ausschuss Wirtschaft, Kultur und Tourismus - sachkundige Einwohner

- Iris Reiche - DIE LINKE
- Mario Milde - BOS/FDP/BV
- Ralph-Uwe Kujawski - B.I.S
- Leon Bergner - SPD/DIE GRÜNEN

Ausschuss Wirtschaft, Kultur und Tourismus - Gast

- Harald Koch - Stadtrat B.I.S.
- Helmut Hahnas
- Reinhard Kupsch

Ausschuss Wirtschaft, Kultur und Tourismus - Ortsbürgermeisterin

- Sandra Biedermann

entschuldigt fehlten:

Frau Liesong - Schul- und Sozialausschuss
Frau Rödiger - Schul- und Sozialausschuss
Herr Wagenknecht - Schul- und Sozialausschuss

Frau Stahlhacke - Ausschuss Wirtschaft, Kultur und Tourismus
Herr Wedekind - Ausschuss Wirtschaft, Kultur und Tourismus

verspätet erschienen:

-

vorzeitiges Verlassen:

Herr Jung - Schul- und Sozialausschuss
Frau Siefke - Schul- und Sozialausschuss und Ausschuss
Wirtschaft, Kultur und Tourismus
Herr Ostrowski - Schul- und Sozialausschuss und Ausschuss
Wirtschaft, Kultur und Tourismus

Stadtverwaltung:

Herr Michael
Frau Zacharias
Frau Wagner
Frau Wunder
Frau Rode
Frau Strauch

Tagungsleitung:

Frau Spröte - Schul- und Sozialausschuss
Herr Schmidt - Ausschuss Wirtschaft, Kultur und Tourismus

Tagesordnung

zur gemeinsamen Sitzung des Schul- und Sozialausschusses und des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus am 04.11.2019

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

3. Genehmigung der Niederschriften beider Ausschüsse

- TOP nur für Wirtschafts-, Kultur- und Tourismusausschuss

Ausschluss der Öffentlichkeit !!!

4. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung

4.1 Beratung von Beschlussvorlagen zur 4. Ratssitzung am 14.11.2019 entsprechend den Verweisungen des Hauptausschusses

4.1.1 Verpachtung einer Teilfläche des städtischen Flurstücks 263/1 der Flur 9 in der Gemarkung Sangerhausen als Caravan-Parkplatz (TOP 8.1 d. RS)

Wiederherstellung der Öffentlichkeit !!!

5. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung

5.1.1 Aufstellungsbeschluss VEP Nr. 43 "Erweiterung Gewerbestandort Grabenweg" der Stadt Sangerhausen (TOP 6.4 d. RS)

5.1.2 Bekenntnis des Stadtrates zum IPM (TOP 6.13 d. RS)

- TOP für beide Ausschüsse

5.1.3 Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Sangerhausen (TOP 6.1 d. RS)

5.1.4 Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 der Stadt Sangerhausen (TOP 6.7 d. RS)

5.1.5 13. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes der Stadt Sangerhausen für die Haushaltsjahre 2010 bis 2025 (TOP 6.8 d. RS)

- TOP nur für Schul- und Sozialausschuss

5.1.6 Satzung über das Wahlverfahren zu den Elternvertretungen für die Kindertageseinrichtungen auf dem Gemeindegebiet der Stadt Sangerhausen (TOP 6.9 d. RS)

5.1.7 4. Satzung zur Änderung der Kostenbeitragssatzung über die Kostenbeiträge zur Benutzung der Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen in der Stadt Sangerhausen - 2. Lesung und Beschlussfassung (TOP 6.10 d. RS)

5.1.8 Abschluss langfristiger Nutzungsverträge mit Vereinen (TOP 6.11 d. RS)

5.1.9 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Sangerhausen - 2. Lesung und Beschlussfassung (TOP 6.12 d. RS)

- TOP für beide Ausschüsse

5.2 Informationen aus der Verwaltung und Anfragen der Stadträte

6. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung

6.1 Informationen aus der Verwaltung und Anfragen der Stadträte

- Frau Spröte – Vorsitzende des Schul- und Sozialausschusses

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende des Schul- und Sozialausschusses, Frau Karoline Spröte, begrüßt alle anwesenden Ausschussmitglieder, sachkundige Einwohner, Gäste und die Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Die Ordnungsmäßigkeit der Einladung wurde festgestellt.

Die Beschlussfähigkeit ist mit 9 Stadträten gegeben.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Die Verwaltung schlägt den Ablauf der Sitzung gemäß der verteilten Tagesordnung vor.

Abstimmung über die Tagesordnung

Ja-Stimmen	=	9
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

3. Genehmigung der Niederschrift der 2. Schul- und Sozialausschusssitzung vom 16.09.2019

Abstimmung über die Niederschrift

Ja-Stimmen	=	7
Nein-Stimmen	=	2
Stimmenenthaltungen	=	0

➤ Herr Schmidt – Vorsitzender des Wirtschafts-, Kultur- und Sozialausschusses

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Ausschusses Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Herr Helmut Schmidt, begrüßt alle anwesenden Ausschussmitglieder, sachkundige Einwohner, Gäste und die Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Die Ordnungsmäßigkeit der Einladung wurde festgestellt. Die Beschlussfähigkeit ist mit 8 Stadträten gegeben.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Die Verwaltung schlägt den Ablauf der Sitzung gemäß der verteilten Tagesordnung vor.

Abstimmung über die Tagesordnung

Ja-Stimmen	=	8
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

3. Genehmigung der Niederschrift der 2. Wirtschafts-, Kultur- und Tourismusausschusssitzung vom 12.09.2019

Abstimmung über die Niederschrift

Ja-Stimmen	=	4
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	4

➤ TOP's nur für Wirtschafts-, Kultur- und Tourismusausschuss

5. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung

5.1.1 Aufstellungsbeschluss VEP Nr. 43 "Erweiterung Gewerbestandort Grabenweg" der Stadt Sangerhausen (TOP 6.4 d. RS)

Begründung: Frau Zacharias

Herr Windolph

macht einen Vorschlag zur Flächenerweiterung bis auf die Straße nach Martinsrieth, um eine zusammenhängende Planung vorzunehmen. Zum ersten hat man dann eine Gesamtplanung zum gesamten Gebiet, zum zweiten hat man keine Restfläche sondern auch eine vermarktbare Fläche, die in Zukunft vielleicht für Gewerbeerweiterungen zur Verfügung steht. Dies möchte die Verwaltung mitnehmen und am Mittwoch im Bauausschuss nochmals erklären.

Frau Zacharias

sagt, geprüft hat das die Verwaltung schon. Die gesamte Fläche ist auch so im Flächennutzungsplan drin. Nur, wenn der Investor über ein Vorhaben einen Erschließungsplan macht, muss er Eigentum an allen Flächen nachweisen. Der Investor muss sich verpflichten, in einer bestimmten Zeit sein Vorhaben zu realisieren.

Herr Hüttel

kann das Ansinnen von Herrn Windolph verstehen. Es geht nicht um den Verkauf von zusätzlichen Flächen. Er schlägt vor, das Ganze nochmal im Bauausschuss zu beraten. Seine zweite Frage ist, ob es denn keine andere freie Fläche auf dem gesamten Gebiet bzw. noch andere Pläne vom "verfestigten Stück gibt? Lt. Frau Zacharias ist alles bebaut. Er wird dem zustimmen.

Herr Scholz

antwortet Herrn Hütte, dass Herr Peckruhn überall nachgefragt hat, es aber in der Größenordnung keine Fläche gibt, die ausreichend für sein Vorhaben wäre.

Herr Kotzur

fragt, wenn wir die komplette Fläche im Flächennutzungsplan drin haben und es schon Absprachen gibt, dass der Zugang über dieses Grundstück, wenn weiterer Bedarf besteht, für die jetzt nicht geplante Fläche gewährleistet ist, warum sollen wir dann als Stadt auch noch planen?

Herr Schmidt

sagt abschließend, wir haben hier einen Investor, der möchte was tun und will sich vergrößern und darüber können wir hier in der Stadt froh sein.

Abstimmung über die Beschlussvorlage:

Ja-Stimmen	= 7
Nein-Stimmen	= 0
Stimmenenthaltungen	= 1

5.1.2 Bekenntnis des Stadtrates zum IPM (TOP 6.13 d. RS)

Begründung: Herr Windolph

Herr Koch

fragt, ob er richtig verstanden hat, dass kein Beschluss gefasst werden soll, obwohl dieses Bekenntnis an alle Ausschüsse verwiesen wurde?

Herr Schmidt

meint, die Vorlage lautet doch Bekenntnis des Stadtrates zum IPM.

Wir werden hier einen Beschluss fassen.

Herr Koch

fragt, ob der Ausschuss sich dazu in Form eines Beschlusses positionieren will? Denn eigentlich ist doch der Wirtschaftsförderungsausschuss der kompetenteste zu diesem Thema.

Herr Hüttel

hat ein Problem mit dem Wort "Bekenntnis", da man sich schon seit 10 bis 15 Jahren mit diesem Thema beschäftigt. Er ist der Meinung, dass wir keine Bekenntnisse, auch nicht von der Landesregierung, brauchen, sondern eher praktische Hilfe. Er war verwundert, dass in der Zeitung stand, dass der Oberbürgermeister die Machbarkeitsstudie jetzt doch wieder auf den Weg bringen möchte. So lange das Land dies allein bezahlt, aber die Stadt muss ja trotzdem 25 % bzw. 25 T€ bezahlen, obwohl der Beschluss abgelehnt wurde.

Herr Windolph

verweist auf die Mehrheitsverhältnisse, die es auszuloten gilt und fragt sich, ob die Stadträte überhaupt noch zum IPM stehen. Der Beschluss war durch die Bekanntmachung des damaligen B-Planes praktisch komplett abgearbeitet, nur nicht veröffentlicht. Eine Veröffentlichung im Amtsblatt muss passieren, um diesen B-Plan wirksam werden zu lassen. Das ist damals unterblieben aus der Sorge um die entsprechenden Klagebegehren der Umweltverbände. Man wird das Ganze aber nicht umgehen können. Wer an dieser Stelle nachgibt, verabschiedet sich in die Bedeutungslosigkeit. Gleichzeitig fragt er sich, was diese Machbarkeitsstudie für uns bringen soll? Wenn es nach seiner Fraktion geht, gibt es keine Alternative.

Herr Koch

meint, dass dieses Thema einen Riss innerhalb der Fraktionen geben kann. Die B.I.S ist sich einig. Er fragt, wieso haben sich große Teile derjenigen, die jetzt diesen Antrag als Fraktion stellen, verschlossen gegen die Machbarkeitsstudie. Wenn man für dieses Industriegebiet ist, hätte man auch dieser Studie zustimmen sollen. Auch wir als Stadträte müssen uns mit der Sachlage beschäftigen. Er wird sich heute dazu noch nicht positionieren und wird sich neutral verhalten.

Herr Kotzur

sagt, er ist einer derjenigen, die an dem IPM festhalten. Wir haben als Stadträte nicht glücklich gehandelt, indem wir die Machbarkeitsstudie abgelehnt haben. Wenn wir das Land im Boot halten wollen, dann geht das nur über diese Machbarkeitsstudie. Ansonsten findet er den Beschlusstext relativ nichtssagend. Die Klagen, die eventuell anstehen, passieren, wenn

es Investoren gibt und nicht, wenn wir den B-Plan in Kraft setzen. Er möchte nicht, dass die Planungshoheit bei den Kommunen liegt. Das Land hat den IPM in den Landesentwicklungsplan reingeschrieben, dann dürfen sie auch nicht aus der Verantwortung entlassen werden.

17.45 Uhr = Herr Jung geht
verbleiben 8 Mitglieder Schul- und Sozialausschuss

Herr Milde

möchte wissen, was sich in den letzten 2 Jahren an den Grundbegebenheiten geändert hat? Er ist grundsätzlich dagegen, Beschlüsse zu fassen, von denen keine Wirkung ausgeht. Es gibt keine Rechtsgrundlage und keinen Rechtsanspruch dies durchzusetzen.

Herr Schmidt

sagt, wir haben es uns nicht leicht gemacht. Wir wollen auch was tun für die Stadt. Es wurden genug Steuergelder für den IPM ausgegeben, dass wurde einstimmig beschlossen. Das Land hat uns allein gelassen, wir müssen aber Grundwerte schaffen in der Stadt.

Herr Hüttel

mahnt, nicht in Populismus zu verfallen und beantragt die Veröffentlichung des B-Planes.

Herr Milde

kann nicht sagen, dass Gelder verschleudert wurden. Wirtschaftlich betrachtet, sieht die Bilanz beim jetzigen Stand so schlecht gar nicht aus. denn allein der Flächenerwerb, der in den Jahren davor erfolgt ist, hat dazu geführt, dass die Werte jährlich gewachsen sind. Das Geschäft hat die Stadt gemacht, es ist kein Verlust.

Abstimmung über die Beschlussvorlage:

Ja-Stimmen	= 4
Nein-Stimmen	= 2
Stimmenenthaltungen	= 2

➤ TOP's für beide Ausschüsse

5.1.3 Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Sangerhausen (TOP 6.1 d. RS)

Begründung: Herr Michael

Herr Michael

sagt u. a., dass es einen Änderungsantrag zur Hauptsatzung der Fraktion der CDU und der BOS / FDP / BV gibt. Dieser Antrag, so wurde ihm von Herrn Schuster gesagt, sollte nochmal überarbeitet werden.

Herr Windolph

meint, dass man von Herrn Schuster noch erfahren wird, welche Änderungen vorgenommen werden. Der Oberbürgermeister muss nun prüfen, ob eine Änderung möglich ist. Es wurde in der letzten Stadtratssitzung gesagt, dass die Stadträte bis zur nächsten Sitzung die Meinung der Verwaltung überreicht bekommen. Diese Stellungnahme fehlt ihm noch.

Herr Koch

meint, es gibt in der Kommunalverfassung einen Paragraphen "Rechtsstellung des Oberbürgermeisters" in den Ausschüssen und im Stadtrat. Da ist eindeutig formuliert, dass der Hauptverwaltungsbeamte die Vorlagen zu erarbeiten hat. Wenn eine Fraktion den Antrag stellt, etwas auf die Tagesordnung zu setzen, dies sogar schon ausformuliert hat, dann müsste der Hauptverwaltungsbeamte daraus eine Vorlage erarbeiten. Er stellt deshalb den Antrag für die Fraktion der B.I.S, dass über jeden einzelnen Änderungspunkt einzeln abstimmen ist. Diese Prozedur sei aber sehr zeitaufwendig. Bis zur Ratssitzung soll der Oberbürgermeister den Änderungsantrag in die Vorlage einarbeiten und in Form einer Synopse die Veränderung darstellen.

Abstimmung zum Antrag der B.I.S

Ja - Stimmen	=	14
Nein - Stimmen	=	2
Stimmenthaltungen	=	1

Herr Milde

fragt, ob es so ist, dass nur noch der Oberbürgermeister die Vorlagen einbringen kann?

Herr Koch

bestätigt ihm das. Die Vorlage wird vom Oberbürgermeister und nicht von der Fraktion erarbeitet.

Herr Windolph

widerspricht ihm und sagt, dass die Fraktion die Änderung einbringt und der Oberbürgermeister prüft, ob diese Änderungen nicht rechtswidrig sind.

Herr Schmidt

wir haben über einen Änderungsantrag abgestimmt, es gab mehrheitlich Zustimmung, deshalb wird er jetzt hier die Diskussion abbrechen.

Herr Hüttel

sagt, dass man das nicht einfach so stehen lassen kann, da es noch Wortmeldungen zu diesem Thema gab. Für ihn taucht hier wieder ein grundsätzliches Problem zwischen dem Rat und der Verwaltung auf. Es ist ja nicht das erste Mal, dass von den Fraktionen Dinge in die Verwaltung reinkommen, wie z. B. die Baumschutzsatzung oder die Satzung über die Aufwandsentschädigung, die nicht geprüft wurden. Wo bewusst gesagt wird, da ist ein Fehler drin und deshalb nicht von der Verwaltung geprüft wird, obwohl die Stadträte sich einig darüber sind. So geht es nicht weiter.

Herr Koch

liest den § 65 Kommunalverfassung über die Rechtsstellung in der Vertretung und in den Ausschüssen, Absatz 1 vor. Er hatte nur den Antrag seiner Fraktion gestellt, worüber auch abgestimmt wurde, aber deshalb kann man auch noch darüber diskutieren.

Herr Kotzur

meint, dass der Antrag von Herrn Koch Sinn macht. Lt. Herrn Michael, wird die Verwaltung den Änderungsantrag der B.I.S.-Fraktion prüfen, so wie im Antrag gewünscht.

Herr Windolph

entsinnt sich noch sehr gut an die Zusage des Oberbürgermeisters in der letzten Ratssitzung, dass er diesen Tagesordnungspunkt zurückgestellt haben möchte, weil er diesen erst prüfen muss. Jetzt haben wir die Unterlagen zugeschickt bekommen, ohne dass eine Prüfung passiert ist.

Herr Kupsch

sagt, dass der Ortschaftsrat Lengefeld einen Zusatz zum § 16 formuliert hat, nämlich den Absatz 4, dass zu jeder Einwohnerversammlung auch ein Protokoll erstellt werden soll. Dieser Punkt ist leider nicht aufgenommen worden, obwohl im Protokoll der Ortschaftsratssitzung beschrieben. Warum ist dies nicht geschehen? Der Ortschaftsrat hat nach der letzten Einwohnerversammlung im November letzten Jahres jedenfalls kein Protokoll erhalten.

Herr Michael

bestätigt ihm, dass zu dieser Einwohnerversammlung die wesentlichen Bestandteile der Diskussion mitgeschrieben wurden. Ihm ist jetzt nicht bekannt, dass ein Protokoll verschickt wurde. Lt. Herrn Schmidt ist in der letzten Runde der Ortsbürgermeister gesagt worden, wer ein Protokoll haben möchte, der bekommt es auch.

Herr Koch

meint, dass wird ein Änderungsantrag der Hauptsatzung, der vorsieht, dass es eine Niederschrift geben muss.

Herr Kupsch

erkundigt sich, was es mit dem § 20 "Anhörung und Aufgaben der Ortschaftsräte" auf sich hat? Den Ortschaftsräten werden folgende Angelegenheiten zur Entscheidung übertragen. Unter Pkt. 4 steht die Veräußerung von beweglichen Vermögen in den Ortsteilen bis zu einem Vermögenswert von 25 T€. Wir haben doch gar kein Vermögen, wir haben doch unser Vermögen alles in die Stadt eingebracht.

Herr Schmidt

sagt, zum Beispiel die Grundstücke in den Ortschaften, die der Stadt gehören und nach und nach verkauft werden. In Riestedt haben wir zum Beispiel unser Ärztehaus damals verkauft, weil es der Stadt gehörte. Vermögen ist schon da.

Lt. *Herrn Kotzur*

muss der Ortschaftsrat schon angehört werden. Er meint, wenn er z. B. das alte Gemeindebüro in Gonna nimmt, welches durch die Eingemeindung zwar der Stadt gehört, aber im Grundbuch noch die Gemeinde steht, dann ist der Ortschaftsrat dazu anzuhören. So läuft es auch.

Herr Schmidt

gibt Herrn Kupsch die Empfehlung mal in den Eingliederungsvertrag des Ortes reinzuschauen.

➤ **Frau Spröte: Abstimmung über die Beschlussvorlage (Schul- und Sozialausschuss)**

Ja-Stimmen	=	keine Abstimmung
Nein-Stimmen	=	
Stimmenenthaltungen	=	

➤ **Herr Schmidt: Abstimmung über die Beschlussvorlage (WKT- Ausschuss)**

Ja-Stimmen	=	keine Abstimmung
Nein-Stimmen	=	
Stimmenenthaltungen	=	

5.1.4 Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 der Stadt Sangerhausen (TOP 6.7 d. RS)

Begründung: Frau Wunder

Sie schlägt vor, gleich den Punkt 5.1.4 und den Punkt 5.1.5 zusammen zu behandeln. Sie trägt beide Punkte anhand einer Präsentation vor.

Herr Schmidt

bedankt sich für die Bemühungen und eröffnet die Diskussion.

Herr Kotzur

bezweifelt, dass das Ganze realistisch ist. Wir wissen, was die Kreisumlage betrifft, wird es im Minimum die gleichen Hebesätze geben. Wenn wir mit den 9 Mio€ ins Rennen gehen, bezweifelt er, dass wir den Haushalt genehmigt bekommen. Selbst wenn der Haushalt genehmigt würde, leben wir dann auf Kosten eines exorbitant hohen Kassenkredites des Kreises, welcher dann auch keinen Haushalt genehmigt bekäme.

Frau Wunder

sagt, wir sind uns dessen bewusst, mit dem Werk, was wir den Stadträten vorstellen. Uns fallen die Schlüsselzuweisungen in Höhe von 11,3 Mio€ weg und wir haben dann einen Haushalt, der auch wirklich durch Steuergelder etc. auch mit aufgebaut wird. Wir haben damals Bedarfszuweisungen beantragt, aber nur bekommen, weil wir die Hebesätze erhöht haben. Was nützt uns das, wenn wir mit riesigen Defiziten ins Rennen gehen und wissen, wir können es uns gar nicht leisten. Da kriegen wir die nächsten Auflagen und sollen z. B. Einnahmen erhöhen und das belastet wieder die Bürger. Einnahmen kann man nur bei Steuern, Benutzungsgebühren in den Kita's, Friedhofsgebühren usw. erhöhen. Wir hoffen, dass die Verwaltung die Zustimmung der Stadträte zum Haushalt bekommt und dieser auch vom Landkreis genehmigt bekommen, da wir keinen genehmigungspflichtigen Teil, wie z. B. den Liquiditätskredit, drin haben. Wenn der Festsetzungsbescheid zur Kreisumlage kommt, dann werden wir einen Nachtragshaushalt erstellen müssen.

Herr Windolph

interessiert nicht der Kreis, sondern nur die Stadt. Lt. *Herrn Kotzur* gehören wir auch zum Kreis und wenn der Kreis kein Geld mehr hat, dann erfüllt er auch Aufgaben der Kommunen nicht mehr.

Herr Windolph

meint damit, dass man jetzt keine Probleme in die Haushaltsaufstellung rein praktizieren sollte, wo doch weder ein Bescheid noch ein Entscheid des Kreistages vorliegt.

Herr Hüttel

fragt, wie es mit der Wirtschaftsförderung und mit den sozialen Dingen aussieht? Wird der Haushalt nur allgemein besprochen?

Frau Wunder

antwortet, wenn es der Wunsch der Stadträte ist, können wir gern auf die einzelnen Produkte eingehen. Es ist der Gesamthaushalt für die Gesamtverwaltung und wir sind heute hier, um zu allen Themen Rede und Antwort zu stehen.

Herr Hüttel

möchte gerne wissen, wie es im Produkt 57.11.01.00 weitergeht und ob es da Änderungen gibt. Er sieht im Haushalt 75 T€ Auswuchs an Personalkosten. Was sind das für Personalkosten? Er sieht hier z. B. 91 T€ Einzahlungen plus 186 T€ Auszahlungen.

Frau Wunder

wir haben unseren Vorbericht, den jeder Stadtrat kennen sollte, sehr ausführlich beschrieben. In dem Vorbericht gehen wir auf jedes einzelne Produkt ein und versuchen, dass so detailliert wie möglich aufzuschreiben, damit es auch für die Stadträte einfacher ist.

Herr Hüttel

fragt, was ist das für eine Personalstelle von 75 T€? Denn Frau Franke ist ja nicht mehr da und trotzdem gibt es einen Auswuchs von 71 T€. Lt. Frau Wunder haben wir in der Wirtschaftsförderung nach wie vor nur 2 Stellen (Seite 34 im Vorbericht) ausgewiesen. *Herr Hüttel* fasst zusammen, die Personalausgaben erhöhen sich im Vergleich zum Vorjahr um 75.100 T€. Er hätte dazu gern eine Begründung im Finanzausschuss. Außerdem erkundigt er sich, warum die Kosten für's WLAN runter gegangen sind, obwohl wir jetzt diese Förderung bekommen haben? Die dauernden Kosten haben wir ja trotzdem. Lt. *Frau Wunder* sind die Kosten gleich geblieben. Außerdem findet *Herr Hüttel* im Haushalt Mehraufwendungen für die Rosenstadt Sangerhausen GmbH in Höhe von 90 T€.

Lt. *Frau Wunder*

geht hier es hier um ein neues Kassensystem in Höhe von 75 T€ und den Internetauftritt in Höhe von 15 T€.

Herr Hüttel

versteht nicht, was am neuen Kassensystem so teuer ist. Frau Wunder liest die Begründung für die Neuanschaffung vor. "Das aktuelle Kassensystem aus dem Jahr 2002 ist veraltet und störungsanfällig. Es besteht jederzeit die Gefahr, dass einzelne Komponenten ausfallen, dies kann zu erheblichen Schwierigkeiten bei der Kassierung der Eintrittsgelder, der Produkte aus dem Shop usw. führen. Die Herstellungsfirma ist regelmäßig zu Wartung und Reparatur vor Ort und nach Aussage der Firma kann eine Reparatur des Systems nicht mehr durchgeführt werden. Es sind für das vorhandene Kassensystem keine Ersatzteile mehr vorhanden oder bestellbar."

Das Kassensystem gehört ja dann der Rosenstadt Sangerhausen GmbH. Die Rosenstadt Sangerhausen GmbH sollte die Kosten für den Internetauftritt selbst finanzieren bzw. einen Kredit dafür aufnehmen. Deshalb stellt er den Antrag, diese 90 T€ aus dem Haushalt zu streichen.

Herr Schachtel

glaubt, dass es da schon eine Antwort gegeben hat und zwar reicht die Liquidität nicht aus.

Herr Kotzur

sagt, mit einem desolaten und nicht funktionstüchtigen System können wir den Tourismus nicht weiter entwickeln. Jeder, der dort an dem Drehkreuz steht und nicht rein oder rauskommt, der erzählt das weiter und dann brechen uns die Besucherzahlen weg. Wenn ich einen bestimmten Standard haben möchte, dann muss ich auch dafür sorgen. Er ist dagegen diese Position zu streichen.

Herr Koch

erkundigt sich nach der Möglichkeit, diese Summe aus dem Haushalt raus zu nehmen und es in den Zuschuss aufzunehmen. Das wäre realistischer.

Herr Windolph

findet, dass es in den Zuschuss gar nicht rein passt, weil dieser über Jahre vertraglich mit einer festen Summe abgeschlossen wurde. Dieser Zuschuss soll fest bleiben und wenn ein Finanzbedarf besteht, um beispielsweise den Betrieb des Rosariums weiter aufrecht zu erhalten, dann sollte man diese Summe mit in den Haushalt aufnehmen.

Herr Milde

gibt Herrn Windolph recht. Indem wir das irgendwo pauschal verstecken, tun wir uns keinen Gefallen. So haben wir wenigstens zweckgebundene Verwendungen. ür.

Herr Wagner

sagt, dass seine Fraktion den Vorschlag wahrscheinlich im Finanzausschuss einbringen wird, die Vergnügungssteuer von 10 auf 15 % zu erhöhen, da die Anzahl der Spielhallen sich deutlich erhöht hat. In Sachsen-Anhalt sind die Steuersätze sehr unterschiedlich, in manchen Städten 20 % und wir liegen bei 10 %. Er denkt, wenn wir auf 15 % gehen, dann macht das 165 T€ im Haushalt aus. Da könnte man dann auch die Kita-Gebühren so lassen, wie sie sind. Der ausformulierte Antrag kommt im Finanzausschuss.

Herr Hüttel

erwähnt eine weitere Geschichte, um die sich Herr Schuster kümmern wollte. Das ist der Aufwuchs an 5 Planstellen in der Stadt Sangerhausen im Personalbestand. Dies sind zwar Lehrlinge, aber wir haben schon 20 Stellen, die wir im vergangenen Jahr bereits durch den Landkreis nicht nutzen durften, weil da ein Sperrvermerk drauf gelegt wurde. Nach außen hin sollte man da keinen Aufwuchs bringen, bei der derzeitigen Haushaltslage. Vielleicht kann man die 20 Stellen auf 10 Stellen reduzieren, dann gäbe es keinen Aufwuchs im Personalbestand auf dem Papier.

Frau Wunder

sagt, Herr Schuster hat sie auf jeden Fall schon informiert, dass diese Anfrage kommen wird, ggf. auf 10 Stellen zu minimieren. Es ist richtig, dass es damals den Sperrvermerk in der Haushaltsverfügung gab. Er war dazu da, dass wir die Stellen nur besetzen, wenn ein Bedarf besteht. Dazu gab es auch Gespräche mit dem Landkreis. Diese 20 Stellen im Kita-Bereich wurden in den Stellenplan und Haushaltsplan anhand von Bedarfszahlen ermittelt und vorsorglich eingearbeitet. Wenn man sich jetzt entscheidet, die 20 Stellen auf 10 Stellen runter zu nehmen und der Bedarf ist wirklich da, dann haben wir ein Problem.

Herr Hüttel

sagt, mit dem Haushaltsgrundsatzgesetz § 8 Absatz 2 ist er bei Herrn Kotzur. So werden wir definitiv den Haushalt nicht genehmigt bekommen.

Frau Wunder

gibt ihm Recht. Normalerweise müsste man den Liquiditäts-Kredit minimieren, um diese 2 Mio€ auf zu bringen, das wäre ja für die Stadt auch zum Vorteil. Es könnte dann wirklich passieren, dass der Landkreis sagt, ja, ich genehmige den Haushalt, aber ich erwarte einen Beitrittsbeschluss, weil ich keinen Puffer in den Liquiditäts-Kredit einbauen darf. Wenn der Wunsch vom Stadtrat kommt, wir sollen den Liquiditäts-Kredit um 2 Mio€ minimieren, dann machen wir das. Wenn der Stadtrat aber sagt, wir möchten das Risiko nicht mit dem Liquiditäts-Kredit haben, dann kann der Liquiditäts-Kredit in der Haushaltssatzung in der Stadtrats-sitzung auch geändert werden.

➤ **Frau Spröte: Abstimmung über die Beschlussvorlage (Schul- und Sozialausschuss)**

Ja-Stimmen	=	5
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	3

➤ **Herr Schmidt: Abstimmung über die Beschlussvorlage (WKT- Ausschuss)**

Ja-Stimmen	=	6
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	2

5.1.5 13. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes der Stadt Sangerhausen für die Haushaltsjahre 2010 bis 2025 (TOP 6.8 d. RS)

Begründung: Frau Wunder

➤ **Frau Spröte: Abstimmung über die Beschlussvorlage (Schul- und Sozialausschuss)**

Ja-Stimmen	=	5
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	3

➤ **Herr Schmidt: Abstimmung über die Beschlussvorlage (WKT- Ausschuss)**

Ja-Stimmen	=	6
Nein-Stimmen	=	2
Stimmenenthaltungen	=	0

19.10 Uhr - Ende des Ausschusses f. Wirtschaft, Kultur und Tourismus
Frau Zacharias, Frau Wunder und
Frau Wagner gehen

Herr Schachtel, Herr Windolph,
Herr Pille, Frau Reiche und Herr
Kujawski = Mitglieder und sachkundige
Einwohner des Ausschusses Wirtschaft,
Kultur und Tourismus gehen

Herr Hahnas als Gast geht

➤ **TOP's nur für Schul- und Sozialausschuss**

Frau Spröte übernimmt wieder die Leitung des Schul- und Sozialausschusses.

5.1.6 Satzung über das Wahlverfahren zu den Elternvertretungen für die Kindertageseinrichtungen auf dem Gemeindegebiet der Stadt Sangerhausen (TOP 6.9 d. RS)

Begründung: Herr Michael

➤ **Abstimmung über die Beschlussvorlage** (Schul- und Sozialausschuss)

Ja-Stimmen	=	8
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

19.50 Uhr Frau Siefke und Herr Ostrowski
gehen = 7 Mitglieder

5.1.7 4. Satzung zur Änderung der Kostenbeitragssatzung über die Kostenbeiträge zur Benutzung der Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen in der Stadt Sangerhausen - 2. Lesung und Beschlussfassung (TOP 6.10 d. RS)

Begründung: Herr Michael

Herr Wagner

denkt, keiner missgönnt den Erzieherinnen eine Tarifierhöhung, denn es wird gute Arbeit von ihnen geleistet. Wenn in der Vergangenheit in den Kita's mal das eine oder andere Fenster repariert oder erneuert worden wäre, damit es nicht durchzieht oder die eine oder andere Toilette mit den Geldern repariert bzw. erneuert worden wäre, welche aus einer früheren Erhöhung stammen, dann würden die Kita's den Stand haben, den sie eigentlich verdienen und die Eltern müssten nicht durch Wochenendeinsätze diese Einrichtungen so erhalten, wie sie sind. Dann würde die gleiche Diskussion eine andere sein, wie wir sie jetzt führen. Er glaubt nicht, dass von der Erhöhung, die hier ansteht, wesentliche Teile in die Bausubstanz gehen. Diese Erhöhung wird dazu benutzt, um den Haushalt in anderweitiger Art und Weise zu stopfen. Deswegen lehnt er die Erhöhung ab. Wie schon erwähnt, wird seine Fraktion den Vorschlag mit der Erhöhung der Vergnügungssteuer einbringen, um das auch irgendwo gegen zu finanzieren. Er hat ein absolutes Problem damit, Gebühren bei den Kindern zu erhöhen.

Herr Kotzur

betont, wenn der Zustand der Einrichtungen wirklich so marode wäre, wie manch einer ihn beschreibt, dann hätten die Erzieherinnen und Erzieher ganz schlechte Arbeitsbedingungen und die Kinder ganz schlechte Bedingungen für ihre vorschulische Bildung. Er lehnt die Erhöhung trotzdem ab, findet aber den Vorschlag der Fraktion BOS / FDP / BV gut, die Deckung aus der Erhöhung der Vergnügungssteuer zu nehmen. Außerdem ist er grundsätzlich der Meinung, dass, wenn durch die Kuratorien und dem Stadtelternrat mehrheitlich die Erhöhung abgelehnt wurde, dann sollte man dies auch beachten und nicht überstimmen.

Herr Hüttel

stimmt Herrn Wagner zu und hat eine ganz andere Meinung zum Brief des Stadtelternrates. Ihm gefällt dieser, da er genau die richtigen Worte gefunden hat. Es geht auch darum, einen entsprechenden Standard gegenüber den anderen Kita's in der Umgebung zu haben. Er ist froh, dass der Stadtrat sich gerade auf die Thematik "sozialgerechte Kita-Gebühren" versteift. Er versteht nicht die Argumentation der Verwaltung, dass man hier auch Dinge rein bringt, die der Landesgesetzgeber hier anprangert. Er gibt dem Stadtelternrat Recht, indem dieser sagt, dass wir absolut unterfinanziert sind und die entsprechenden Gelder nicht selbst aufbringen können. Auf der anderen Seite, wenn es zu einer Erhöhung kommen sollte, auch wenn diese nur zwischen 5 und 25 € liegt, dann treffen wir nur wieder die, die kurz vor HARTZ-IV liegen und keine Zuschüsse bekommen, aber dafür hart arbeiten müssen.

Herr Koch

sagt, die Fraktion der B.I.S wird den Antrag geschlossen ablehnen. Hier geht es nicht um die Regulierung eines Defizits, sondern es geht um eine Verteilung der Lasten von der Stadt weg zu den Eltern. Es wird sich auch definitiv nichts außergewöhnlich am Zustand in den Einrichtungen ändern, weil nicht mehr Geld zur Verfügung steht. Es ist auch ganz deutlich zum Tragen gekommen, dass man verärgert ist, dass auf Grund der landespolitischen Regelung auch hier eine unwahrscheinliche Verzögerung der Realisierung der Einnahmen auftritt, wobei es um 1 Jahr geht. Er ist jetzt kein Sozialexperte, aber hier ist in erster Linie auch die Landespolitik gefragt. Was jetzt hier die Stellungnahme des Städtelternvertretung betrifft, so sollten wir uns als Stadträte und auch die Verwaltung nicht grundsätzlich zu dieser Art der Stellungnahme äußern. Es ist legitim, dass die Vertreter der tatsächlich Betroffenen dann auch sich so äußern und Wünsche zum Ausdruck bringen, die letztendlich auch von der Verwaltung und vom Stadtrat nach oben transportiert werden sollen. Es ist eine Meinungsbildung von der Basis, inwieweit das Erfolg hat, sei dahin gestellt. Es geht hier immerhin um eine enorme Steigerung von 10 - 12 %.

Frau Völkel

sagt, dass in in ihrer Fraktion über die Erhöhung doll gestritten wurde. Man ist hier der Meinung, dass Bildung bezahlt werden muss, gerade auch bei den Kleinsten. . Sie finden die Steigerung gerade im Krippenbereich zu hoch. Sie findet es bedauerlich, dass auf die Flexibilität der Angebote, wie z. B. die Öffnungszeiten, nicht eingegangen wird. Sie hat schon mehrfach bemängelt, dass es in Sangerhausen keine 24-Stunden-Kita gibt. Sie hat allein in den Einrichtungen eine Umfrage gestartet, wobei bei der AWO allein 8 - 9 Mitarbeiter Interesse an einer 24-Stunden-Kita für ihre Kinder und Enkelkinder hätten. Hier muss Sangerhausen auch ein Stückchen offener werden. Wir werden dem nicht zustimmen.

Herr Schmidt

sagt, das Land macht das KiFöG und die Kommunen müssen sehen, wie sie damit finanziell um die Runden kommen. Die meisten Kommunen haben dieses Problem. Wir jonglieren doch wirklich von einer Stelle zur anderen. Nicht nur innerhalb des Fachbereiches. Wie oft kommen Eilentscheidungen. Es gibt auch marode Kita's. Man kann doch nicht sagen, dass das Geld zweckgebunden ist und da rein fließt und man sieht nichts, wenn man in die Einrichtung kommt. Es muss was passieren und so lange die Eltern noch bereit sind, hier was zu machen, zu spenden, dann kann man doch jetzt nicht sagen, wir erhöhen. Die Erhöhung ist ja nicht wenig. Er wird ablehnen.

Frau Spröte

meint, dass das vor allem den Niedriglohnsektor betrifft, obwohl die auch im Arbeitsprozess stehen. Sie zählt sich nicht zum Niedriglohnsektor, aber Ihr persönlich tun 10 € oder 20 € Erhöhung auch weh. Bei den Gegnern des KiFöG waren ganz viel Geringverdiener, wie z. B. Friseurinnen und Bauarbeiter, Verkäufer usw. dabei und fast gar keine HARTZ-IV-Empfänger und dieser Stand hat sich von 2015 zu 2019 nicht geändert. Sie lehnt auch die Gebührenerhöhung ab.

Herr Scholz

seine Fraktion lehnt auch ab, er persönlich hat dazu eine andere Meinung. Er ist der Meinung, dass die Beiträge sehr hoch sind. Er hat auch jeden Tag mit Erhöhungen und Verkauf zu tun und muss diese auch irgendwo umlegen, sonst könnte er zumachen. Er könnte sich vorstellen, dass man die Lohnerhöhung, die die Erzieherinnen bekommen haben, wenigstens umlegen sollte, aber das ist seine persönliche Meinung. Er glaubt, dass bei der nächsten Wahl sowieso die kostenlose Kita auf dem Programm steht. Hier rächen sich die unausgeglichenen Haushalte der vergangenen Jahre, dass unsere Kita's so aussehen, wie sie aussehen, ebenso unsere Friedhöfe, unsere Schulen, Straßen usw. wir haben ja in den letzten Jahren nichts mehr investiert, weil wir ganz einfach kein Geld in der Kasse hatten und wenn wir jetzt vielleicht da und dort mal einen ausgeglichenen Haushalt haben, dann kann

man auch mal was in den Haushaltsplan eingeben, dann ist das schon ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Für diejenigen, die bezahlen sollen und es ist noch nichts passiert, ist es unverständlich.

Herr Schmidt

verweist auf Seite 2, Absatz 2 in der Beschlussvorlage. Hier geht es um die Verpflegungsleistungen und er sieht daran, dass der Gesetzgeber keine Ahnung hat, weil die noch nicht vor Ort waren. Bei uns ist das wirklich wunderbar gelaufen. Es kann nicht sein, dass die Hortgebühren von 63 € auf 76 € steigen. Das geht nicht.

Herr Eberhardt

fragt, wie viel Rückmeldungen es von den Kuratorien gab?

Lt. *Frau Rode*

gab es 15 Rückmeldungen von 19 und die des Stadtelternrates. Es gibt 2 - 3 Kuratorien, die wirklich abweichen und die selbständig die Stellungnahme verfasst haben. Ansonsten ist es nur eine Vorlage gewesen.

Herr Eberhardt

glaubt, dass man als Eltern Wünsche äußern darf, da er nicht der Stadt rechenschaftspflichtig ist, sondern nur den Eltern von den Kindern der Stadt Sangerhausen. Darauf beruht die Stellungnahme des Stadtelternrates.

Lt. *Herrn Kotzur*

ist es immer eine politische Entscheidung. Was das KiFöG betrifft und was wir zum Teil auch ausbaden müssen. Die kommunalen Spitzenverbände, Land, Kreistag, Städte- und Gemeindebund waren sich selten so einig, wie in dieser Frage und haben dem Landtag empfohlen, lässt die Kompetenz komplett bei den Kommunen für die Kita's und macht nicht die Trennung Kommune / Landkreis. Letztendlich haben sie es aber anders beschlossen, dies führte zu einem Aufwuchs beim Landkreis, aber bei uns zu keiner Reduzierung. Dies darf nicht auf dem Rücken der Eltern ausgetragen werden. Die Kita's und die Mitarbeiterinnen haben einen hohen Anspruch an ihre Arbeit. Und da wird es auch zukünftig noch neue Anforderungen geben und da brauchen sie auch alle Unterstützung, die sie noch irgendwie kriegen können. Dies kann aber nicht wirklich mit einer Beitragserhöhung abgefangen werden. Er kann die Ablehnung nur noch mal bekräftigen. Wir sollten und dazu bekennen, dass wir eine soziale Stadt sind und dass unsere Kita's im sozialverträglichen Vergleich zu anderen Kommunen günstiger sind und diesen Anspruch nicht aufgeben.

Herr Michael

nimmt nochmal Stellung zur 24-Stunden-Kita. Wenn es einen Bedarf gibt, den das Jugendamt noch nicht kennt, dann muss der Bedarf umgehend dem Jugendamt gemeldet werden. Das Jugendamt ist planungsverantwortlich im KiFöG für derartigen Bedarf. Und der, der plant, der finanziert dann nämlich auch. Der Landkreis ist örtlicher Jugendhilfeträger und in der Finanzverantwortung. Der Bedarf muss schnell beim Jugendamt angemeldet werden, nicht bei der Stadt. Lt. *Frau Völkel* war die Umfrage nur allgemein. Für sie, als Arbeitgeber ist es ein Statement, das sie an 365 Tagen im Jahr solche Plätze zur Verfügung stellen muss. Viele Eltern kommen erst 16.00 Uhr von der Arbeit, sind gestresst und wollen erstmal in Ruhe einkaufen, aber die Kita's schließen schon um 16.00 Uhr. Lt. *Frau Rode* gibt es in der Praxis keinerlei Nachfragen, kein Antrag auf 24-h-Kita oder auch nur bis 22.00 Uhr.

Herr Hüttel

hat noch eine Frage an Herrn Schmidt, wie sieht es mit dem Hort Riestedt aus. Wie ist denn da die Stellungnahme dazu?

Lt. Herrn Schmidt kann der Geschäftsführer der Freien Grundschule Riestedt die Erhöhung der Verpflegungsleistungen nicht nachvollziehen.

Herr Hüttel fragt nach, ob die Kinder jetzt 2 Stunden oder 6 Stunden kommen, kostet es immer 63 €? Wieviel Kinder betrifft es denn, bei denen es jetzt teurer werden wird.

Lt. Frau Rode

gehen 144 Kinder in den Hort, davon ist die Hälfte aus Sangerhausen und die andere Hälfte von Kommunen aus dem Umland. Das Einzugsgebiet ist sehr groß. Riestedt bietet im Moment keine gestaffelten Hortzeiten an, sondern nur 6 Stunden und in den Verhandlungen jetzt beim Landkreis haben wir uns darauf verständigt, dass praktisch von Seiten der Grundschule, dass sieht das Gesetz ausdrücklich vor, bis Ende März auch eine Stundenstaffelung angeboten werden soll. Es war immer das Ansinnen der Stadträte, dass alle Kindereinrichtungen bzw. alle Eltern in den Kindereinrichtungen sollen gleich behandelt werden und deswegen diese 76 €.

➤ **Abstimmung über die Beschlussvorlage** (Schul- und Sozialausschuss)

Ja-Stimmen	=	0
Nein-Stimmen	=	7
Stimmenenthaltungen	=	0

5.1.8 Abschluss langfristiger Nutzungsverträge mit Vereinen (TOP 6.11 d. RS)

Begründung: Herr Michael

Herr Hüttel

hat nur bei einem Vertrag eine Frage und zwar geht es um den SKC. Es geht um den Pkt. 3 letzter Satz "Der SKC nutzt die Halle zu gemeinnützigen Zwecken, dabei ist der Verein berechtigt, andere gemeinnützige Vereine durch Vertrag in die Nutzungsmöglichkeiten der Turnhalle aufzunehmen. Nutzungsverhältnisse regelt der Verein in eigener Verantwortung. Hat es da schon mal was gegeben und nimmt er dafür Geld?

Herr Michael

antwortet, da hat es schon was gegeben hat und es wird auch regelmäßig so weiter gehen. Das müsste er bis morgen nochmal nachfragen, wer mit dem SKC Vereinbarungen aktuell macht. Der SKC ist dann auch berechtigt, ein privatrechtliches Entgelt einvernehmlich mit dem anderen Nutzer zu nehmen, d. h., der SKC kann dann mit jemandem vereinbaren, dass derjenige zu einem kleinen Preis "X" die Halle nutzt und die setzen das Geld entsprechend in der Halle dann ein.

Herr Scholz

wir haben das auch schon als Verein genutzt und wir bezahlen dafür eine Miete, weil wir ja Heiz- und Stromkosten verursachen und das wird mit einem Vertrag geregelt.

Herr Hüttel

ging es nur darum, weil wir es ja befördern und sie dann unter Umständen Einnahmen haben. Nicht das die Einnahmen höher sind als die Förderung. *Lt. Herrn Michael* fördern wir ja nicht die Bewirtschaftungskosten und nicht die gesamte Werterhaltung. Dies zahlt alles der SKC selbst.

Eine 2. Frage aus dem Jahr 2001, da gibt es das Nutzungsentgelt auf Grund eines Beschlusses in Höhe von 17.894,56 € pro Jahr. Dies wird weiterhin als Zuschuss gewährt. Hat sich diese Zahl seit 2001 nicht verändert? *Lt. Herrn Michael* sicher nicht und *Lt. Herrn Wag-*

ner werden es 35 TDM gewesen sein. Es ist diese berühmte Miete, die wir immer fiktiv verrechnen im Haushalt. Die kriegen keine 17 T€. Wir haben bei Liegenschaften mal eine Miete errechnet, die sie eigentlich zahlen müssten und die kriegen sie auch gleichermaßen wieder als Zuschuss, so ist das eine interne Verrechnung im Haushalt.

Lt. Herrn Koch

hatte auch gedacht, dass sich der Verein hier evtl. ein Vorteil erwirtschaften könnte. Die Vereine leisten hier eine gute Arbeit im Sinne unserer Stadt und unserer Bevölkerung und haben eigentlich mehr Belastungen. Das einzigste Problem, was er sieht, ist die Lärmbelästigung im Sommer. Seine Fraktion wird zustimmen.

Herr Kotzur

wird ebenfalls zustimmen, auch mit der Begründung, was die Vereine geschafft haben. Zum Beispiel die vermeintliche Kalthalle im Friesenstadion sollte mal abgerissen werden. Wenn wir Geld gehabt hätten, dann wäre sie weg. Und was die Boxer und andere Vereine aus der Halle gemacht haben, Hut ab. Das gleiche kann man auch vom SKC sagen. Diese ehemalige Turnhalle wäre eine Ruine, da würde nichts mehr stattfinden, hier machen wir als Stadt gut, nicht nur für das Stadtbild sondern auch für den Vereinssport.

Herr Schmidt

will ebenfalls zustimmen. Frage an Herrn Scholz, gehört die Kalthalle trotz Vertrag mit der Stadt dem Verein. Lt. *Herrn Scholz* gehört die Halle noch dazu. Der Verein hat einen Vertrag mit den Boxern, sie müssen einen kleinen Obolus für die Nebenkosten bezahlen und das ist bei uns im Mietvertrag drin. Er war vor kurzem auch an der Walkmühle, da haben wir immer gesagt, wir wollen abreißen. Über die Walkmühle müssten wir uns nochmal unterhalten. Lt. *Herrn Michael* ist auch nichts beschlossen, das man wegreißt. Wir wollten uns, nachdem wir besichtigt haben, erneut drüber reden, weil wir uns zu den vorliegenden Vorschlägen noch nicht so richtig durchbringen konnten.

➤ **Abstimmung über die Beschlussvorlage** (Schul- und Sozialausschuss)

Ja-Stimmen	=	7
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

5.1.9 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Sangerhausen - 2. Lesung und Beschlussfassung (TOP 6.12 d. RS)

Begründung: Herr Michael

Lt. Herrn Michael

wurden die Vorschläge in ein Ergänzungsblatt aufgenommen und in der Synopse genau erklärt. Er sagt, mit 90 % würde man schon ein Achtungszeichen setzen.

Herr Kotzur

fragt, warum die Gebühren bei den Sternenkindern nicht auf "0" gesetzt sind? Lt. *Herrn Michael* wurde darüber diskutiert, ab man hat noch verschiedene Beträge in den einzelnen Ausschüssen gehabt.

Herr Wagner und Frau Völkel

bestätigen, dass der Beschluss lautete: 50 € für Sternen Kinder und 100 € für Kleinkinder. Da glücklicher Weise lt. Statistik das eigentlich selten vorkommt, wäre es ein leichtes, dies zu ändern. Lt. *Herrn Michael* hatten wir bei diesen Fällen innerhalb der 3 Jahre nur einen Fall.

Herr Kotzur

stellt daraufhin den Antrag, dass die Sternenkindergräber 50 € und die Kindergräber 100 € kosten. Beim Kindergrab möchte *Herr Michael* noch ergänzen, wir haben uns ein Stückchen gegen die verschiedenen Altersgruppen, die da mal genannt wurden, gewehrt, weil das dann in den Größen meistens nicht mehr hinhaut. Es geht nach Grabgrößen in der Berechnung der Kalkulation und nicht nach Altersgruppen.

Frau Völkel

hätte mit ihrer Fraktion am liebsten die Sternenkinder auf "0" gesetzt und Kindergräber auf die 100 €. Aber bis 50 € für die Sternenkinder gehen sie mit. Lt. *Herrn Kotzur* besteht ja auch ein gewisser Pflegeaufwand. *Herr Wagner* meint, die 50 € sind dadurch entstanden, da es sich ja auch hier um einen Verwaltungsakt handelt.

Herr Koch

meint, dass eine Steigerung auf 98 % sehr hoch ist. Es kam ein Kompromiss in der Fraktionssitzung raus von 85 %, aber auch 90 % sind vertretbar. Dies muss aber nochmal in der Fraktion besprochen werden. Er hat sich in den vergangenen Jahren generell gegen die Gebührenerhöhungen gewehrt, da in die Begründung pauschal reingeschrieben wird, dass die Gebühr kostendeckend sein muss. Er wird dem heute schon mal zustimmen, denn man muss auch mal Kompromisse eingehen. Die 90 % sind aber Gesamtdeckung, so *Herr Michael*.

Herr Kotzur

sagt, wenn wir uns jetzt speziell den Friedhof Sangerhausen und einige Friedhöfe in den Ortsteilen anschauen, und wer jede Woche 2 bis 3mal auf den Friedhof geht, der kann sich dem Kostendeckungsgrad von 85 % nicht verwehren. Er war bisher auch immer gegen Gebührenerhöhungen.

Herr Scholz

informiert, dass seine Fraktion für die Erdwahlgräber 75 % möchte. Er würde der Gebührenerhöhung zustimmen, wir bieten doch schon verschiedene Grabstätten an, wo jeder nach seinen Bedürfnissen sich das Grab aussuchen kann bzw. was er sich leisten kann. Er würde lieber der Gebührenerhöhung zustimmen, vielleicht kommt dann auch mal ein befestigter Parkplatz. Das ist sogar im Haushalt drin, so *Herr Michael*.

Herr Scholz

sagt, es ist schon traurig, dass Bürger der Stadt Sangerhausen, sich sooft unanständig benehmen, dass sie die Müllcontainer nicht richtig bestücken, dass sie die Gießkannen klauen und dass die Anlieger sogar Wasser vom Friedhof mit nach Hause nehmen. Lt. *Herrn Michael* haben wir jetzt 2 Friedhofsgärtner auf dem Friedhof und seit dem kehrt ein ganzes Stückchen Ordnung ein.

Herr Schmidt

sagt, die Leute bringen sogar ihren Müll von zu Hause auf den Friedhof, hat er selber gesehen. Er wird auch zustimmen, aber man muss auch sehen, dass was auf den Friedhöfen passiert.

Herr Hüttel

wird dem ganzen nicht zustimmen, da sich nichts ändern wird. Es stand jetzt erst wieder etwas negatives in der Zeitung.

Herr Michael

wirft ein, dass Frau Ermisch jedes Jahr zu ihm kommt und auch Herr Schneider, dass sind 2 Bürger von Sangerhausen, die jedes Jahr einmal zur Presse laufen, wenn sie auf dem

Friedhof nicht die Antwort 100 %ig kriegen. Aber in dem Zeitungsartikel stimmt ja vieles nicht. Der große Container, der z. B. bemängelt wurde, den gibt es seit einem Jahr schon gar nicht mehr. Der Eingangsbereich hat jetzt einen neuen Weg bekommen für 17 T€, dass erwähnt sie nicht. 3 große Bäume wurden in diesem Jahr mit Hilfe von Baumkletterern weggemacht auf dem Friedhof in Sangerhausen, dass wird auch nicht erwähnt. Die Wege (Nord und Süd) wurden neu bekies. Es sind jetzt erst 15 - 18 Gräber weggemacht worden, für die wir noch zuständig waren. Im Moment ist für lange Zeit ein Hubsteiger unten mit Bauhofleuten und macht riesigen Baumverschnitt, nicht nur in Sangerhausen sondern auch auf den Ortsteilen. Und warum sollten die Maßnahmen, die im Haushalt stehen, nicht kommen. Es werden neue Wasserstellen angeschafft für die Dörfer, wir haben Zäune gemacht. *Herr Hüttel* weiss, dass das rechtlich nicht ganz sauber ist, aber für ihn haben wir jetzt mit dieser Satzung schon eine Überdeckung, weil er einfach die 90 T€, die im Friedwald eingenommen werden, mit rein rechnet.

Abstimmung über den Antrag von Herrn Kotzur:

Ja - Stimmen	=	7
Nein - Stimmen	=	0
Stimmenthaltungen	=	0

➤ **Abstimmung über die Beschlussvorlage** (Schul- und Sozialausschuss)

Ja-Stimmen	=	5
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	2

**20.25 Uhr = Frau Völkel und
Herr Wagner gehen
= 5 Mitglieder**

➤ **TOP's für beide Ausschüsse**

5.2 Informationen aus der Verwaltung und Anfragen der Stadträte

Es gibt keine Informationen aus der Verwaltung und keine Anfragen der Stadträte.

Herr Schmidt

Er hat vorhin eine Nachricht bekommen, mit der Frage, ob wir eine neue Sammelstelle für Holz haben, Grünschnitt usw.? Wir haben 2 Fleckchen, wo die 1-Euro-Jobber ihren Grünschnitt und Holz hinbringen. Wenn es dunkel wird, dann kommen die Leute mit ihren Karren und fahren ihr Zeug hin. Mittlerweile ist dies schon ein größerer Haufen geworden. Das ist auch mit eine Ursache des Brennverbotes.

Herr Scholz

fragt an, ob man einen Stadtratsbeschluss machen kann an den Landkreis?

Lt. *Herrn Hüttel*

beschäftigt sich der Bauausschuss nochmal mit der Verbrennordnung. Und genau das könnte dann mit rein, dass eine Alternative geschaffen wird, im Recyclinhof in der Oststraße, dass genau das dort mit abgenommen werden kann.

20. 30 Uhr - Ende der Sitzung

gez. Birgit Strauch
Protokollführerin

gez. Karoline Spröte
Vorsitzende Schul- und
Sozialausschuss

gez. Helmut Schmidt
Vorsitzener Ausschuss Wirtschaft,
Kultur und Tourismus